



DOKUMENTIERT: ANTRAG AN DAS STUDIERENDENPARLAMENT FÜR DIE SITZUNG AM 9. NOVEMBER, 15:45 UHR IN HÖRSAAL II IM HAUPTGEBÄUDE. DIE SITZUNG IST ÖFFENTLICH FÜR ALLE!

Demokratie statt Marktdiktat! Für eine auskömmliche Finanzierung der gesamten Universität statt Kürzungen

„Wie ganz anders verhält sich der philosophische Kopf! [...] Für ihn arbeiten alle Köpfe – alle Köpfe arbeiten gegen den Brotgelehrten. Jener weiß alles, was um ihn geschieht und gedacht wird, in sein Eigentum zu verwandeln – zwischen denkenden Köpfen gilt eine innige Gemeinschaft aller Güter des Geistes; was einer im Reiche der Wahrheit erwirbt, hat er allen erworben. – Der Brotgelehrte verzäunet sich gegen alle seine Nachbarn, denen er neidisch Licht und Sonne mißgönnt, und bewacht mit Sorge die baufällige Schranke, die ihn nur schwach gegen die siegende Vernunft verteidigt.“

Friedrich Schiller, „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“, Antrittsrede in Jena, 26. Mai 1789.

„Die Universität zu Köln trägt im Zusammenwirken ihrer Mitglieder sowie in der Einheit von Forschung und Lehre zur Entwicklung der Wissenschaft und zur wissenschaftlichen Bildung bei. Sie will ein Ort lebenslangen Lernens sein. Im Bewusstsein ihrer Geschichte verwirklicht die Universität zu Köln die Freiheit der Wissenschaft und ist sich dabei ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Zur Realisierung dieses Auftrags setzt sie sich für eine Kultur der Verständigung und Kooperation ein.“

Präambel der Grundordnung der Universität Köln.

Von konservativer und neoliberaler Seite wird Hochschulautonomie verstanden als Eigenverantwortung der Hochschulen für ihr Fortkommen und ihre Finanzierung auf dem Markt. Damit werden die Hochschulen und ihre Mitglieder dazu gedrängt, sich in den Wettbewerb um die Gunst von staatlichen wie privaten Drittmittelgebern nach wissenschaftsfremden Kriterien zu begeben, womit eine demokratische Entwicklung der Hochschulen und Kooperation in den Wissenschaften behindert werden. Politisch gewollt entspricht daher die Grundfinanzierung der Hochschulen nicht dem Bedarf, stattdessen werden die Universitäten mit der Exzellenzinitiative dahin gedrängt, Mittel auf prestigeträchtige Bereiche zu fokussieren. In den anderen Bereichen herrscht der Mangel. An der Universität Köln hat diese Entwicklung dazu geführt, dass an allen Fakultäten nun dauerhaft 2,5 Prozent der Landesmittel eingespart werden sollen. An der Philosophischen Fakultät sollen zukünftig Stellen im Mittelbau bis zu einem Jahr unbesetzt bleiben, vier bis fünf Professuren inklusive Mitarbeiterstellen sollen mittelfristig gestrichen werden und würden damit dauerhaft wegfallen.

Die Universität lebt aber von Kooperation: Wissenschaftliche Erkenntnisse werden entwickelt, kritisiert, neu bedacht und gemehrt in Austausch und Kontroverse – nicht durch

konkurrenzgetriebene Abgrenzung, aufreibende Mangelverwaltung und stetigen Druck zur Selbstvermarktung. Alle positiven Vorhaben an der Universität bedürfen auch einer auskömmlichen öffentlichen Finanzierung:

- Alle Bereiche können zu Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie beitragen und werden gebraucht. Das gilt genauso für kleine Fächer wie die Indologie und ihren Studiengang Südasiens/Südostasienstudien – einer der Bereiche, der bereits der letzten Kürzungsrunde zum Opfer gefallen und bis auf weiteres geschlossen worden ist. Die Streichung von Lehrstühlen bedeutet, dass häufig über Jahrzehnte aufgebaute Bibliotheken, Forschungsrichtungen und Studiengänge verloren gehen können.
- Um die Bedingungen in Studium und Lehre weiter zu verbessern, braucht es zusätzliche statt weniger Kolleginnen und Kollegen in Lehre und Verwaltung, die ihren Aufgaben dauerhaft nachgehen können. Zudem sind feste Stellen statt prekärer Beschäftigung wichtiger Bestandteil einer demokratischen und lebendigen statt hierarchischen Entwicklung der Hochschule.
- Die Universität hat sich für ein gebührenfreies Studium auch für Studierende von außerhalb der EU ausgesprochen, weil sie für einen produktiven Austausch „elementar angewiesen (ist) auf Lehrende und Studierende aus diesen Teilen der Welt“ und „gerade in Zeiten des Wiedererstarkens nationaler Egoismen und autoritärer Entwicklungen (...) ihrer Aufgabe gerecht (...) werden (will), offenes Diskussionsforum und plurale Wirkungsstätte für Studierende aus aller Welt zu sein.“

Wissenschaftliche Bildung für alle ist Grundvoraussetzung für Demokratie und internationale Verständigung und muss öffentlich finanziert werden.

- Die Universität hat eine universitätsweite „Kommission zur Beratung zu sicherheitsrelevanter Forschung mit erheblichem Gefährdungspotential (FEG)“ eingerichtet. Weiterhin hat die Universität begonnen, Drittmittelverträge offenzulegen und auf eine zivile Ausrichtung der Forschung zu achten. Drittmittelgeber orientieren sich nicht zwingend am Gemeinwohl. Gesellschaftlich verantwortliche Wissenschaft und die Autonomie der Hochschule setzen die finanzielle Unabhängigkeit von finanzträchtigen Geldgebern voraus.

Die aktuelle finanzielle Krise der Universität zeigt: Der Mangel an öffentlicher Grundfinanzierung lässt sich durch die Exzellenzinitiative und das Buhlen um zusätzliche Drittmittel nicht kompensieren. Studium, Lehre, Forschung und auch Verwaltung können sinnvoll und kollegial nur mit einer ausreichenden, am Bedarf orientierten öffentlichen Finanzierung unternommen werden. Dafür setzen wir uns ein!

Das Studierendenparlament tritt daher gegen jedwede Kürzung und für einen Ausbau der öffentlichen Grundfinanzierung der Universität ein. Es ruft den AStA auf, Fachschaften wie studentische Initiativen im Engagement gegen die Kürzungen zu unterstützen. Es spricht sich zudem für die sofortige Wiedereröffnung des Studiengangs Südasiens-/Südostasienstudien aus und ruft zur Ablehnung jedweder weiterer Kürzungen und zum Engagement für eine auskömmliche öffentliche Finanzierung auf.

Das Präsidium wird aufgefordert, diesen Beschluss an die Fachschaften, an die Mitglieder der Engeren Fakultäten und des Senats der Universität zu verschicken.